

227 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VII. GP.

22. 2. 1954.

Regierungsvorlage.

Bericht an den Nationalrat, betreffend das auf der dritten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Übereinkommen (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft.

A. Vorbemerkungen.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die am 25. Oktober 1921 in Genf zu ihrer dritten Tagung zusammengetreten war, hatte als vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung die Frage des Schutzes der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen Unfall behandelt und ein Übereinkommen (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft angenommen. Die Republik Österreich ist Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation.

Gemäß den Vorschriften der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ist jeder Mitgliedstaat verpflichtet, die von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen den zur Entscheidung befugten Stellen des Staates zur Verwirklichung durch die Gesetzgebung oder zwecks sonstiger Maßnahmen zu unterbreiten und über die Einhaltung dieser Verpflichtung dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zu berichten. Findet ein Übereinkommen die Zustimmung der entscheidungsbefugten Stellen nicht, so hat das Mitglied keine weiteren Verpflichtungen; in diesem Falle muß jedoch der Mitgliedstaat in angemessenen Zeiträumen dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes Bericht erstatten über den Stand seiner Gesetzgebung und die Praxis in der Frage, die den Gegenstand des Übereinkommens bildet. Hiebei ist anzugeben, in welchem Umfange den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens Rechnung getragen ist oder Rechnung getragen werden soll, ferner sind alle Schwierigkeiten darzulegen, die eine Ratifikation des Übereinkommens verhindern oder verzögern.

Das Übereinkommen wurde bisher von Österreich nicht ratifiziert. Das Internationale Arbeitsamt ist in seinem Entwurf eines 2. Zehnjahresberichtes über die Anwendung des Übereinkommens zum Schluß gekommen, daß die Ratifikation des Übereinkommens von Österreich im

Hinblick auf seine einschlägige Gesetzgebung in Erwägung gezogen werden könnte. Die Prüfung der Rechtslage hat ergeben, daß gegen eine Ratifikation keine Bedenken bestehen. Sie wird auch von den beteiligten Stellen begrüßt.

Ein von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenes Übereinkommen stellt einen Staatsvertrag dar. Zu seiner Ratifikation ist daher nach Artikel 65 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 der Herr Bundespräsident berufen. Die Ratifikation bedarf zu ihrer Gültigkeit überdies gemäß Artikel 50 der Bundesverfassung der Genehmigung durch den Nationalrat, weil ein von Verwaltungsorganen abgeschlossenes Übereinkommen an sich dem Gesetzgeber, ohne daß er dieses Übereinkommen genehmigt, infolge der grundsätzlichen Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung keine Verpflichtung auferlegen darf. Ferner sieht das Übereinkommen im Art. 7 eine elfjährige Bindung vor, wodurch die gesetzgebende Körperschaft während dieser Zeit in ihrer gesetzgeberischen Freizügigkeit insofern eingeschränkt ist, als sie auf dem durch das Übereinkommen geregelten Gebiete kein Recht setzen kann, das unter den Mindestschutz des Übereinkommens geht.

B. Das Übereinkommen.

Der Wortlaut des Übereinkommens (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft wird in der Anlage in der Fassung des von Österreich ratifizierten Übereinkommens (Nr. 80) von 1946 über die Abänderung der Schlußartikel, BGBl. Nr. 224/1949, im authentischen englisch-französischen Wortlaut und in einer deutschen Übersetzung beigelegt, die von Amts wegen auf Grund der amtlichen deutschen Übersetzung des Übereinkommens durch das Internationale Arbeitsamt unter Berücksichtigung der Abänderungen durch das Übereinkommen (Nr. 80) hergestellt wurde. Eine amtliche deutsche Übersetzung des Internationalen Arbeitsamtes der geänderten Fassung ist noch nicht verfügbar.

Nach Art. 1 des Übereinkommens verpflichtet sich jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, seine Gesetze und Verordnungen über Entschädigung der Arbeiter bei Unfällen infolge oder gelegentlich der Arbeit auf alle land-

wirtschaftlichen Lohnarbeiter auszudehnen. Diese Verpflichtung bedarf nach der österreichischen Gesetzgebung nicht mehr ihrer Durchführung, weil dem Inhalte der Verpflichtung die Rechtslage in der österreichischen Unfallversicherung bereits entspricht.

Die Art. 2 bis 9 enthalten die üblichen Bestimmungen für das innerstaatliche Inkrafttreten des Übereinkommens.

Gemäß Art. 3 dritter Absatz würde das Übereinkommen für Österreich mit der Eintragung seiner Ratifikation beim Internationalen Arbeitsamt in Kraft treten.

Die im Art. 5 enthaltene Verpflichtungsfrist ist für die gegenständliche Ratifikation im Hinblick auf den Vorbehalt bezüglich Art. 3 gegenstandslos.

Die elfjährige Bindung des Art. 7 beginnt mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens für Österreich.

Angesichts der vorstehenden Darlegungen hat die Bundesregierung in der Sitzung des Minister-

rates vom 12. Jänner 1954 den Beschluß gefaßt, dem Herrn Bundespräsidenten die vorbehaltlose Ratifikation des Übereinkommens (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft (in der Fassung des Übereinkommens [Nr. 80] von 1946 über die Abänderung der Schlußartikel) vorzuschlagen und hiezu gemäß Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die erforderliche Genehmigung des Nationalrates einzuholen.

Die Bundesregierung stellt deshalb den

Antrag,

„der Nationalrat wolle dem Übereinkommen (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft (in der Fassung des Übereinkommens [Nr. 80] von 1946 über die Abänderung der Schlußartikel) gemäß Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen“.

Convention (No. 12) concerning Workmen's Compensation in Agriculture

(as modified by the Final Articles Revision Convention, 1946).

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Third Session on 25 October 1921, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to the protection of agricultural workers against accident, which is included in the fourth item of the agenda of the Session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts the following Convention, which may be cited as the Workmen's Compensation (Agriculture) Convention, 1921, for ratification by the Members of the International Labour Organisation in accordance with the provisions of the Constitution of the International Labour Organisation:

Article 1.

Each Member of the International Labour Organisation which ratifies this Convention undertakes to extend to all agricultural wage-earners its laws and regulations which provide

Convention (No. 12) concernant la réparation des accidents du travail dans l'agriculture

(telle qu'elle a été modifiée par la Convention portant revision des articles finals, 1946).

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 25 octobre 1921, en sa troisième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à la protection des travailleurs agricoles contre les accidents, question comprise dans le quatrième point de l'ordre du jour de la session, et

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur la réparation des accidents du travail (agriculture), 1921, à ratifier par les Membres de l'Organisation internationale du Travail conformément aux dispositions de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail:

Article 1.

Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail ratifiant la présente convention s'engage à étendre à tous les salariés agricoles le bénéfice des lois et règlements ayant pour

Übereinkommen (Nr. 12) über die Entschädigung bei Betriebsunfällen in der Landwirtschaft

(in der Fassung des Übereinkommens [Nr. 80] von 1946 über die Abänderung der Schlußartikel).

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 25. Oktober 1921 zu ihrer dritten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend den Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen Unfälle, eine Frage, die zum vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung gehört, und dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (Landwirtschaft), 1921, bezeichnet wird, zwecks Ratifikation durch die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, gemäß den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation:

Artikel 1.

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, seine Gesetze und Verordnungen über Entschädigung der Arbeiter bei

for the compensation of workers for personal injury by accident arising out of or in the course of their employment.

Article 2.

The formal ratifications of this Convention, under the conditions set forth in the Constitution of the International Labour Organisation, shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 3.

1. This Convention shall come into force at the date on which the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered by the Director-General.

2. It shall then be binding only upon those Members whose ratifications have been registered with the International Labour Office.

3. Thereafter, the Convention shall come into force for any Member at the date on which its ratification has been registered with the International Labour Office.

Article 4.

As soon as the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered with the International Labour Office, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the International Labour Organisation. He shall likewise notify them of the registration of ratifications which may be communicated subsequently by other Members of the Organisation.

Article 5.

Subject to the provisions of Article 3, each Member which ratifies this Convention agrees to bring the provisions of Ar-

objet d'indemniser les victimes d'accidents survenus par le fait du travail ou à l'occasion du travail.

Article 2.

Les ratifications officielles de la présente convention dans les conditions établies par la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 3.

1. La présente convention entrera en vigueur dès que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées par le Directeur général.

2. Elle ne liera que les Membres dont la ratification aura été enregistrée au Bureau international du Travail.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre à la date où sa ratification aura été enregistrée au Bureau international du Travail.

Article 4.

Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées au Bureau international du Travail, le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Article 5.

Sous réserve des dispositions de l'article 3, tout Membre qui ratifie la présente convention s'engage à appliquer les dis-

Unfällen infolge oder gelegentlich der Arbeit auf alle landwirtschaftlichen Lohnarbeiter auszudehnen.

Artikel 2.

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind unter den Bedingungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 3.

1. Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

2. Es bindet nur diejenigen Mitglieder, deren Ratifikation beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen ist.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied mit dem Tag in Kraft, an dem seine Ratifikation beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen worden ist.

Artikel 4.

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Artikel 5.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikel 3 verpflichtet sich jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifi-

ticle 1 into operation not later than 1 January 1924, and to take such action as may be necessary to make these provisions effective.

Article 6.

Each Member of the International Labour Organisation which ratifies this Convention engages to apply it to its colonies, possessions and protectorates in accordance with the provisions of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation.

Article 7.

A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered with the International Labour Office.

Article 8.

At least once in ten years, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision or modification.

Article 9.

The French and English texts of this Convention shall both be authentic.

positions de l'article 1, au plus tard le 1^{er} janvier 1924, et à prendre telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives ces dispositions.

Article 6.

Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente convention s'engage à l'appliquer à ses colonies, possessions et protectorats, conformément aux dispositions de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail.

Article 7.

Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée au Bureau international du Travail.

Article 8.

Le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra, au moins une fois tous les dix ans, présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de la révision ou de la modification de ladite convention.

Article 9.

Les textes français et anglais de la présente convention feront foi l'un et l'autre.

ziert, die Bestimmungen des Artikel 1 spätestens am 1. Januar 1924 in Geltung zu setzen und die zu ihrer Durchführung nötigen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 6.

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, es in seinen Kolonien, Besitzungen und Protektoraten gemäß den Bestimmungen des Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation anzuwenden.

Artikel 7.

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung beim Internationalen Arbeitsamt ein.

Artikel 8.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat mindestens alle zehn Jahre einmal der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden, ob seine Durchsicht oder Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 9.

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.